

DROGENPOLITIK + MEDIEN Teil V + MdB Herta Däubler-Gmelin + mehr

Diese Dokumentation beinhaltet z.T. Unveröffentlichtes v.a. vom Mai+Juni´09. Wie bei den vorherigen Teilen (siehe www.sichtbarewelt.de/) sind eigene Erläuterungen "fett kursiv", wie hier, geschrieben - und **die grüne Linie markiert Anfang und Ende der jeweiligen Beispiele. Die rot markierten Texte / Passagen machen die nicht beantworteten oder abgedruckten Inhalte kenntlicher.**

- A) Pressemitteilung und Einladung zur „Mahnwache für die Opfer der Drogenpolitik“ im Rahmen des internat. „Global Marijuana March“ (9. Mai´09)
- B) Bei VOX-TV gab es die Erstaussstrahlung von BBC-Exklusiv „Die Wahrheit über Cannabis“ (http://www.bbcgermany.de/EXKLUSIV/clips/trailer/trailer.php?trailer_nr=1083 , 23:55 Uhr, 27. Mai´09) :
Trotz dem vollmundigen Titel und relativ seriöser Darstellung des Themas, zumindest am Anfang dieses Versuchs einer wissenschaftlichen Darstellung (z.B. Antworten auf die Fragen : „Warum gibt es seit Beginn der Evolutionsgeschichte ein Cannabinoidsystem/-Rezeptoren bei Einzellern, Tieren, Menschen ? , „Hat die Einstiegsdroge-Theorie Bestand ?“ und der Darstellung von Cannabis als Medizin und Genußmittel – auch verglichen zu Alkohol, ...), liegt am Ende doch eher der (sendezeitliche) Fokus bei potentiellen Gefahren (v.a. „Psychoseauslösungsgefahr“ - die faktisch aber nur 1-3% der KonsumentInnen betreffen), die meist wissenschaftlich noch nicht belegt sind, wie diese selbst zugeben !
Zuletzt bleibt der warnende Zeigefinger v.a. vor zu frühem, exzessivem jugendlichen Konsum, wegen der noch nicht abgeschlossenen biochemischen Gehirnentwicklung – was dann für Alkohol, etc. auch gilt.
- C) Leserinbrief an „Südwestpresse Ulm“ Di., 2. Juni´09
(Bezieht sich auf die Südwestpresse-Artikel „Bundestag billigt Heroin auf Rezept“ vom 29. Mai und „Heroin nur vom Psychiater?“ vom 30. Mai)
- D) Leserinbrief ans „Schwäbische Tagblatt“ Do., 4. Juni´09
(Betr.: verschiedene Beiträge zu „Sechzig Jahre Grundgesetz“, insbesondere den von SPD-MdB Herta Däubler-Gmelin am 23. Mai)
+ dazu der persönliche Brief von Anne Fröhlich an SPD-MdB Herta Däubler-Gmelin (vom Febr.´09) ...
- E) Leserbrief und Mitteilung an die „Südwestpresse Ulm“ Sa., 6. Juni´09
- F) Leserbrief und Abo-Bitte ans „Schwäbische Tagblatt“ Sa., 6. Juni´09
- G) (Drogenpolitische) Pressemitteilung und weitere (Hintergrund-)Infos zum RACT!-Festival (Fr.12.+ Sa., 13. Juni´09) ...
- H) Das RACT-Team schrieb eine Antwort dazu, die hier dokumentiert ist und per Email kurz vor dem Festival, mit einer kleinen Anmerkung, an alle in den Verteilern verschickt wurde, zusammen mit der 2. (Presse-)Info, in der die ausfallenden und neuen Teilnehmer des Podiums nicht ganz korrekt bekanntgegeben wurden :
- J) Neu ist die (Presse-)Mitteilung vom Fr., 19. Juni´09 mit Eindrücken zum drogenpolitischen RACT-Programm und kurzer Medienanalyse

-
- A) Pressemitteilung und Einladung zur „Mahnwache für die Opfer der Drogenpolitik“ im Rahmen des internat. „Global Marijuana March“ (9. Mai) :

MAHNWACHE für die Opfer der DROGENPOLITIK

im Rahmen des internationalen „Global Marijuana March“

- Am Sa., den 9. Mai '09 von 14 bis 17 Uhr gibt es dazu auch in Tübingen einen Infostand an der Ecke Neckargasse / Holzmarkt !
- Schwerpunkt sind Infos und Mitmachaktionen für die Legalisierung von Cannabis als Medizin und Genußmittel (für Erwachsene) !

[**Siehe dazu auch den „Newsletter des Deutschen Hanf Verbandes vom 22.4. '09“ bei www.hanfverband.de und <http://www.globalmarijuanamarch.org> ! Das zentrale Infoblatt „Armut und Ausgrenzung durch die Drogenpolitik“ zur Mahnwache, zum Infostand und mehr kann per Email (Adr. siehe unten) bezogen werden !]**

Bezüglich der Opfer der Drogenpolitik hierzu drei Beispiele :

- **V.a. die Landes- und Bundes-CDU blockiert die Ausweitung und Finanzierung des erfolgreichen Modellprojekts „Ärztlich kontrollierte Abgabe von Heroin (Diamorphin) an Schwerstabhängige“ das bisher bundesweit erst in 7 Städten angeboten wird, darunter in Ba.-Wü. Karlsruhe – unter Befürwortung des CDU-Bürgermeisters !**

D.h. für Betroffene in Tübingen und anderswo, daß ihnen diese erfolgreiche medizinische Hilfsmöglichkeit zur persönlichen Stabilisierung vorenthalten wird und Opfer fordert ! [siehe z.B. www.akzept.org]

- **Weiterhin gibt es Bleivergiftungen (und andere Schädigungen) – Ende 2007 im Raum Leipzig und seit Jahresanfang in Bayern - von KonsumentInnen durch gepanschtes Schwarzmarkt-Cannabis [siehe obigen DHV-Newsletter und die DHV- Pressemitteilung vom 20.2. '09 http://hanfverband.de/aktuell/meldung_1235140154.html]**

- **Am 17.März gab es eine Hausdurchsuchung in den Räumen der (Internationalen) Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin und beim Vorsitzenden Dr. Franjo Grotenhermen. Es geht dabei um ein Ermittlungsverfahren gegen die Betreiber der (kriminalisierten) „Hanfapotheke“ und um Hinweise auf „verbrecherische Aktivitäten im Zusammenhang mit der Hanfapotheke“. Dies ist ein ungerechtfertigter Eingriff in die Selbstorganisation von CannabispatientInnen, denen es gesetzlich äußerst erschwert ist legal an Cannabis-Medizin zu gelangen. [Siehe mehr im obigen Newsletter + www.acmed.org/ + www.hanfapotheke.org/]**

Auch die Bundes-SPD hat (neben der FDP und CDU/CSU-Fraktion) im Dez. '08 einen Antrag (von B '90/Die Grünen, Die Linke und 15 PatientInnenorganisationen !) zur Freigabe/ärztlichen Verschreibungsmöglichkeit von Cannabis als Medizin abgelehnt – trotz anderslautenden Versprechungen der „Patientenbeauftragten der Bundesregierung“ im Okt. '08 und von Ex-Justizministerin, MdB Herta Däubler-Gmelin (beide SPD) im Nov. '08 in Tübingen. [Siehe „ACM-Mitteilungen vom 6. Dez. '08“ bei www.cannabis-med.org]

Menschen die Umgang mit illegalisierten Drogen haben, werden gesellschaftlich ähnlich stigmatisiert und diskriminiert, wie dies bei Antisemitismus, AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus, Homophobie, usw. festzustellen ist – und zusätzlich werden sie noch kriminalisiert, staatlich verfolgt, registriert, inhaftiert, usw. – dies alles muß beendet werden !

V.i.S.d.P.: Jürgen Hahnel, Eisenhutstr.66, Tübingen, Tel. 0163 / 760 24 18,
hahnelimirak@gmx.de, im Aufbau: www.sichtbarewelt.de/

[Es gab einen kleinen Hinweis im „Schwäbischen Tagblatt“ an jenem Sa., 9. Mai unter „Veranstaltungen/Sonstiges : Mahnwache im Rahmen des „Global Marihuana March“ am Holzmarkt“, 14 bis 17 Uhr“.

Vom Ordnungsamt Tüb. erhielt ich zur schriftlichen Anmeldung der „Mahnwache“, dienstags zuvor, bis zum Samstag keine schriftliche Bestätigung und baute bereits an der beantragten Stelle den drogenpolitisch-kritischen Infostand dazu auf. Als ich fast fertig war, kamen zwei Polizisten und zeigten mir die schriftl. Genehmigung für ca. 30 Meter weiter unterhalb. Sie wollten/konnten keine Ausnahme machen, obwohl an der beantragten Stelle Platz war und diese mir mündlich am Dienstag bereits zugesagt wurde – deshalb mußte ich nochmals neu aufbauen, sammelte dann einige Unterschriften für die Kampagne : „Freiheit für Hanfgefangene“, führte Gespräche und Interessierte nahmen Infos mit.]

- C) Leserinbrief an „Südwestpresse Ulm“ Di., 2. Juni '09
(Bezieht sich auf die Südwestpresse-Artikel „Bundestag billigt Heroin auf Rezept“ vom 29. Mai und „Heroin nur vom Psychiater?“ vom 30. Mai) :

Es ist bezeichnend, daß die Abgabe von Heroin nur an solche Abhängige erfolgen soll, die bereits ziemlich verelendet sind, und bedauerlich, daß zumindest in BaWü die gewachsenen Suchthilfe-Strukturen nicht einbezogen werden.

Und während durch die neue Regelung einige Menschen wieder ins Erwerbsleben integriert werden können, verlieren durch die fortbestehende Prohibition Unzählige, die mit ihrem Drogenkonsum weder Probleme hatten noch verursachten, ihren Job – Verurteilte nach dem Betäubungsmittelgesetz werden nicht als FreigängerInnen zugelassen !

Ein weiteres Beispiel dafür, wie weit wir noch von einer vernünftigen Drogenpolitik entfernt sind :

Im gesamten Bundesgebiet haben sich ca. 10 Schwerstkranke in jahrelangen Prozessen die Erlaubnis erkämpft, natürliches Cannabis über die Apotheke zu beziehen. Aber : Die meisten Krankenkassen zahlen es nicht, und die monatlichen Kosten übersteigen den Betrag, den ein Mensch, der nicht arbeiten kann, insgesamt zum Leben hat – ein Betroffener aus der Region Tübingen klagt jetzt deshalb auf Eigenanbau ! [siehe Korrektur weiter unten]

**Jeder Unvoreingenommene sieht daran, was auch immer mehr ExpertInnen (z.B. „Schildower Kreis“) und inzwischen sogar die Caritas öffentlich äußern : daß im „Krieg gegen die Drogen“ nur der Mensch verliert. Informationen zu der Problematik gibt es unter : www.cannabis-med.org und www.akzept.org
Anne Fröhlich, Gerstenmühlstr. 7, 72070 Tübingen**

[Der Leserinbrief wurde bis 19. Juni noch nicht veröffentlicht und es gab keine weitere Reaktion der SWP ! Korrektur : Er klagte früher - nach seiner Kriminalisierung - auf Eigenanbau und für die zuvor beschriebene Erlaubnis. Er erhielt als Erster in der BRD im Nov. '08 diese, jedoch wurde sein Antrag auf Eigenanbau abgelehnt. Das (medizinische) Cannabis kostet in seiner Apotheke 12 €/Gramm und er hat ein Rezept für monatlich 60 Gramm, d.h. Kosten von 720 €/Monat (die bisher der Apotheker fast vollständig stundet). Die AOK verweigerte die Kostenübernahme und der legte Widerspruch ein - wenn die-

**ser abgelehnt würde, müßte er vor dem Sozialgericht dagegen klagen !
Dieses Dilemma und der noch sehr erschwerte Zugang für weitere PatientInnen für die Erlaubnis natürliches, medizinisches C. zu erhalten, wird noch aus politischen, sozialen und medizinischen Gründen weiterverhandelt, denn bisher erhalten nur ca. 50 PatientInnen ihre Medizin aus der Apotheke – siehe erster „link“ im Leserbrief !]**

**- D) Leserbrief ans „Schwäbische Tagblatt“ 4. Juni '09
(**Betr.: verschiedene Beiträge zu „Sechzig Jahre Grundgesetz“, insbesondere den von SPD-MdB Herta Däubler-Gmelin am 23. Mai)****

Sechzig Jahre Grundgesetz – und immer noch wird seine Verwirklichung durch jene – den herrschenden Machtverhältnissen dienliche und durch sie geförderte – autoritäre Mentalität verhindert, die Herta Däubler-Gmelin an einem Beispiel „schwarzer Pädagogik“ aus den Sechzigern veranschaulicht.

Die Hürden für Volksabstimmung und Volksentscheid liegen so hoch, daß diese von der Verfassung vorgesehene Form politischer Willensbildung nur ausnahmsweise stattfindet. Nicht einmal die freie Verfügung über den eigenen Körper gesteht der Staat seinen (erwachsenen) BürgerInnen zu, sondern hält trotz immenser auch menschlicher Kosten an seiner kontraproduktiven Drogenpolitik fest. Da fällt es kaum noch auf, daß von „Hartz“ Betroffenen de facto (unter anderem) das Recht auf freie Wahl des Berufes und des Wohnorts genommen ist

Während per EU-Verfassung die Interessen der Unternehmen zu „Grundrechten“ erhoben werden sollen, wird aus Rationalisierungsgründen die Stellung der Menschen gegenüber der Justiz zunehmend verschlechtert: seit 1993 kann das Verfassungsgericht Verfassungsbeschwerden von BürgerInnen ohne Begründung abweisen, und 2000 wurde das Wort-für-Wort-Protokoll bei Gericht abgeschafft – danke, Herta !

Viel Engagement und Wachsamkeit ist nötig, damit nicht das „Geburtsstagskind“ deutsche Nachkriegsdemokratie demnächst aus dem Leben getreten worden sein wird, ohne je erwachsen gewesen zu sein

Anne Fröhlich, Gerstenmühlstr. 7 , 72070 Tübingen

- Der Abdruck im ST (www.tagblatt.de) war am Mi., 10. Juni '09 mit der gleichlautenden Einleitung, wie der „Betr.“ am Anfang und **der mit (...) kenntlich gemachten Weglassung am Schluß.**

+ dazu passt der persönliche Brief von Anne Fröhlich an SPD-MdB Herta Däubler-Gmelin (vom Febr. '09) ... der trotz H. D.-G.s öffentlicher Bekundung „alle persönlich an sie gerichteten Briefe zu beantworten“ bei ihrem „Studium Generale“-Vortrag in der Uni Tübingen Anfang Nov. '08 unbeantwortet blieb (ich fragte sie damals u. a., warum sie meinen drogenpolitischen Offenen Brief vom Nov. '07 mit Fragen an sie und weitere lokale Bundestags-/EU-Parlament-abgeordnete nicht beantwortete). Damit ist doppelt belegt, daß sie damals die Öffentlichkeit angelogen hat. Anne Fröhlichs Brief an sie bezieht sich auf ein anschließendes Gespräch mit ihr :

Anne Fröhlich, Gerstenmühlstr. 7, 72070 Tübingen

11.2.'09

Betr.: – Diskussion nach Ihrer Vorlesung über Menschenrechte

– Petition zum BtM-Prozess gegen Jürgen Hahnel

Sehr geehrte Frau Dr. Däubler-Gmelin,

hiermit schicke ich Ihnen zur Kenntnisnahme die Kopie einer Petition zur Reform der Strafprozessordnung, mit der ich mich an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gewandt habe.

Veranlasst wurde ich dazu durch den BtM-Strafprozess von Jürgen Hahnel, zu dem er damals auch Sie eingeladen hat.

An dieser Stelle möchte ich ein Missverständnis beseitigen, das vielleicht bei unserem „Streitgespräch“ nach Ihrer Vorlesung über Menschenrechte entstanden ist: Herr Hahnel verschickt zwar mittels eines umfangreichen E-Mail-Verteilers Informationen über sein Anliegen, aber den Offenen Brief zur Drogenpolitik hat er nur an Sie und vier weitere lokale Abgeordnete verschickt – von einer „Massenmail“ kann also keine Rede sein.

(Außerdem müssen auch BürgerInnen, die ja zumeist keinen MitarbeiterInnenstab hinter sich und neben der Politik noch andere Beschäftigungen haben, im Verkehr mit „ihren“ PolitikerInnen, die ja ihrerseits, z.B. im Wahlkampf, per Massenpost mit ihnen kommunizieren, mit ihren „Ressourcen“ rationell umgehen.)

Es ist mir klar, dass Sie nicht jeden Prozess besuchen oder jemanden hinschicken können. Aber diesen hätten Sie miterleben müssen! Vielleicht hätte er sich mit dem entsprechenden Publikum auch gar nicht so abgespielt.

Wenn Sie die Einleitung zu meiner Petition lesen, in der ich ihn schildere, werden Sie vielleicht verstehen, warum ich so aufgebracht war, als Sie sagten, wer nur in aller Stille für sich allein konsumiere, werde nicht behelligt.

Sie könnten einwenden, dass sich Herr Hahnel, als Legalisierungsaktivist, eben nicht still verhalten hat. Aber dann wäre er faktisch dafür bestraft worden, dass er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmt!

Sie haben auf meinen Vorwurf, mit Ihrer Äußerung, es gebe kein „Recht auf Rausch“ oder, meinerwegen, „Recht auf Suchtmittel“ (ein absurder Ausdruck, da ein Mittel immer einen Zweck voraussetzt, aber niemand den Zweck verfolgt, süchtig zu werden), Ihre eigenen Kategorien verwischt zu haben, geantwortet, Sie seien differenzierter als ich denke.

Es würde mir indessen nie einfallen, Sie für undifferenziert zu halten. Nur leider bringen Ihre Fähigkeiten der Allgemeinheit nur da Nutzen, wo Sie sie auch aktuell anwenden. Und je größer jemandes Fähigkeiten sind, desto mehr ärgert es mich, wenn ich wahrzunehmen glaube, dass er/sie dieselben aus Bequemlichkeit, Voreingenommenheit, der öffentlichen Meinung zuliebe etc. punktuell suspendiert.

Damit wären Sie übrigens in allerbesten Gesellschaft. Ich denke, wir sind uns ziemlich einig über vieles, was die anerkannten Größen der Geistesgeschichte beispielsweise zum Thema „Frauen“ von sich gegeben haben. Daran sehen Sie aber auch, dass jemandes Äußerungen einen desto größeren, auch schädlichen, Einfluss haben, je angesehener er/sie ist!

Seit fünfzehn Jahren erlebt Herr Hahnel (und seit ich mich, veranlasst durch seinen Prozess, stärker für das Thema Drogenpolitik engagiere, erlebe ich es auch), wie Menschen, die sonst durchaus von Prinzipien her denken, bei diesem Thema nur die allerkonkretesten Aspekte wahrnehmen und sie es deshalb als marginal abtun, und wie Menschen, die es durchaus als wichtig anerkennen, regelmäßig gerade den Ort, an dem, den Zeitpunkt, zu dem, und den Kontext, in dem Herr Hahnel es ansprechen will, für ungeeignet erklären!

Dabei ist mir nicht recht nachvollziehbar, wie jemand selbst bei oberflächlichster Betrachtungsweise dieses Thema für unwichtig halten kann. Alle paar Wochen steht in der Zeitung, dass wieder bei jemandem in der Region Hanf gefunden worden ist. Das heißt dann bei einer Verurteilung: Hohe Gerichtskosten, berufliche Nachteile durch Vorstrafe, Führerscheinentzug etc.; bei einer Haftstrafe Wohnungs- und Jobverlust, oft das Zerbrechen von Beziehungen – im Jahr geschieht dies bundesweit in mehreren zehntausend „Fällen“, obwohl die Betroffenen meist niemandem geschadet haben! Und Sie sagen, das habe mit dem Thema „Menschenrechte“ nichts zu tun?

KonsumentInnen von Alkohol geschieht Vergleichbares nur dann, wenn sie tatsächlich Schaden angerichtet haben – und RaucherInnen nicht einmal dann! Sie haben geäußert, sie fänden Alkohol auch nicht gut. Wahrscheinlich sind Sie aber, wie die meisten, die dieser Meinung sind, trotzdem nicht für eine Alkoholprohibition – dieses „Experiment“ wurde ja in den Zwanziger Jahren in den USA gemacht, und wie es ausging, ist bekannt! Dass die Prohibition anderer Drogen hier und jetzt die gleichen Ergebnisse zeitigt, wird meistens verdrängt. Ich muss mich hier nicht darüber „auslassen“, weil Herr Hahnel in seinem Offenen Brief schon ausführlich darauf eingegangen ist.

Was das Problem betrifft, dass vielen Kranken ein erschwingliches und nebenwirkungsarmes Medikament vorenthalten bleibt, so wollen Sie ja mit sich reden lassen. Cannabiskonsum als Genuss hingegen ist in Ihren Augen erstens verzichtbar und zweitens ohnehin minderwertig. Wer trotz Verbots nicht davon lassen will und erwischt wird, ist selber schuld und soll sich nicht so anstellen....

Ob ein Verbot legitim ist oder nicht, hinge also nicht davon ab, ob das damit belegte Verhalten in jemandes Rechte eingreift oder nicht, sondern davon, ob es von der Mehrheit / den InhaberInnen der kulturellen Hegemonie geschätzt oder missbilligt wird? Mit einem solchen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit (das ich Ihnen nicht unterstellen will – aber wer konventionelle Ansichten übernimmt, macht sich deren Implikationen oft nicht vollständig klar) hätte ich Probleme! Außerdem wird das Kriterium der allgemeinen Akzeptanz auch in der Praxis immer untauglicher, je stärker sich unsere Gesellschaft kulturell ausdifferenziert und je schneller sie sich wandelt

Vor allem aber „verträgt“ der grundlegende Wert, auf dem unsere Rechtsordnung beruht, die Menschenwürde, kein „Herumherrschen“ im Persönlichen. Es wird gegen Drogengebrauch ja oft angeführt, dass mensch damit zwar nicht direkt, aber indirekt andere schädige, nämlich erstens durch eine höhere Kostenbelastung für das Gesundheitssystem und zweitens durch negative Persönlichkeitsveränderungen, die auch andere in Mitleidenschaft zögen. Zu dem ersteren Punkt ist zu sagen, dass Missbrauch mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgen bei legalen wie illegalen Drogen auftreten kann (aber nicht muss) – aber diese Problematik gibt es potentiell bei einer Unzahl nicht substanzgebundener Verhaltensweisen, die die Politik unmöglich alle reglementieren kann, ohne in „Tugendterror“ auszuarten (wenn sie es aber selektiv tut, setzt sie sich dem Vorwurf der Willkür aus).

Abgesehen davon ist schwer abzuschätzen, ob die positiven oder die negativen Aspekte eines Verhaltens überwiegen. Ich beispielsweise konsumiere weder legale noch andere Drogen (außer Kakao), muss aber zugeben, dass meine Ernährungsweise auch nicht unbedingt den Empfehlungen der AOK entspricht. Würde ich mich „rationaler“ ernähren, könnte ich aber wahrscheinlich meinen Stress schlechter kompensieren und wäre vielleicht eine unleidlichere Zeitgenossin, frei nach Konstantin Wecker: „Wer nicht genießt, ist ungenießbar“. (Gelegentlich hört mensch ja den Vorschlag, die Menschen durch höhere Besteuerung „ungesunder“ Nahrungsmittel zu einer gesünderen Ernährung zu erziehen. Das liefere dann darauf hinaus, dass die Begüterten leckere Biokost äßen – was sie ohnehin zunehmend tun – und ALG-II-BezieherInnen sich vollends von trockenem Vollkornbrot und wässrigen Hollandtomaten – leicht angematscht, von der „Tafel“ – ernähren könnten!). Ebenso wäre vielleicht jemand, dem/der seine/ihre „gefährliche“ Sportart verwehrt würde, zu keiner anderen zu motivieren – um nur zwei Beispiele zu nennen. Auch ist Gesundheit etwas schwer zu Bestimmendes und niemals Perfektes; und für manche(n) wäre es besser (gewesen), sich ab und zu zu „betäuben“, als angesichts schwer erträglicher Umstände Stoizismus zu üben und richtig krank zu werden, und schwere Medikamente zu bekommen, die, anders als Cannabis, auch den Suizid ermöglichen!

Nicht einmal der betreffende Mensch selber kann in der Regel über Nutzen und Nachteil seiner Gewohnheiten sicher Bilanz ziehen – erst recht nicht Dritte und schon gar nicht der Gesetzgeber, und es steht ihnen nicht zu, da einzugreifen.

Damit bin ich beim zweiten Punkt (negative Persönlichkeitsveränderungen durch Drogen, auf die häufig abgehoben wird, obwohl ebensowenig jede/r DrogengebraucherIn zum „Junkie“ wird wie jede/r WeingenießerIn AlkoholikerIn): Ein moderner, säkularer Rechtsstaat ist dazu da, das **Handeln** der Individuen, sofern es andere betrifft, zu regeln – in ihr **Selbstverhältnis** hat er nicht hineinzuregieren! Ich kann kein Recht darauf geltend machen, dass andere so **sein** sollen, wie ich es mir wünsche – im Übrigen könnten diese dann mir gegenüber das gleiche beanspruchen! Personen, Bewusstseine dürfen nicht wie etwa Gaspartikel behandelt werden, die in einem bestimmten Mengenverhältnis vorhanden sein müssen, damit die Atmosphäre stimmt...! Der Wunsch, durch den Gesetzgeber die anderen so erziehen zu lassen,

dass sie in ihrer Gesamtheit ein (dem/der Wünschenden) genehmes Umfeld bilden, ist zwar (leider!) weit verbreitet, aber ethisch bedenklich, da er darauf hinausläuft, den anderen Menschen zum Mittel der eigenen Zwecke zu reduzieren.

Abgesehen davon also, dass

- das Menschenbild, das hinter dem Drogentabu steckt, mitsamt dem Ideal absoluter Bewusstheit, Vernunftgesteuertheit und Ungebundenheit, spätestens seit Freud obsolet ist (und zutiefst patriarchal obendrein);
- nicht unbedingt beim Thema „Drogen“ unreflektiert der Diskurs wiederholt werden muss, den Michel Foucault in Bezug auf das Thema „Sexualität“ beschrieben hat (diesbezüglich verurteilen wir den „unproduktiven“ Umgang mit körpereigenen „Ressourcen“ nicht mehr so streng – beim Thema Drogen dagegen ist Überwachen und Strafen immer noch en vogue);

rührt die Drogenprohibition auch da an die Grundlagen unserer Rechtsordnung, wo sie keine konkreten Nachteile für eine/n bestimmte/n Einzelne/n bewirkt.

Diese beruht zwar auf einem ethischen Wert, der Menschenwürde. Weil aber die Ethik, der dieser Begriff entstammt, eine Ethik des Respekts (vor der Integrität des/der Anderen) und der Enthaltung (von Eingriffen in diese Integrität) ist, berühren sich in einem Staat, dessen Rechtsordnung auf ihm beruht, Recht und Ethik nur an dieser einen Stelle und sind ansonsten strikt getrennte Sphären!!!

Und jedes Gesetz, das als Relikt obrigkeitstaatlichen Denkens gegen das oben genannte Prinzip fortbesteht, steht der Entwicklung und Verbreitung eines klaren Bewusstseins vom Wesen eines Rechtsstaats im Wege!

Ich meine, gerade Persönlichkeiten, die als ExpertInnen für das Thema „Recht“ großes Ansehen und großen Einfluss genießen, sollten sich nicht (beispielsweise durch Bequemlichkeit, konventionelles Denken, Tabus, Ressentiments, Scheu vor der öffentlichen Meinung, bei den meisten Menschen vorhandene eigene Reste autoritär-pädagogischer Mentalität oder wodurch auch immer) abhalten lassen, solche „Problemzonen“ anzugehen; wenn sie öffentlich darauf angesprochen werden, sollten sie sich bewusst sein, dass sie Maßstäbe setzen und das Niveau der Debatte durch Äußerungen, die weit weniger differenziert sind als sie selber, unbeabsichtigt auch senken können!

Jetzt verstehen Sie vielleicht besser, warum mir das Thema so wichtig ist und warum ich nach Ihrem Vortrag so „hochgegangen“ bin!

Abschließend möchte ich Sie fragen, ob Sie meine Petition unterstützen würden und ob es sonst noch Möglichkeiten gibt, gegen das darin geschilderte Verfahren und das so zustande gekommene Urteil bzw. den Richter und die Richterin vorzugehen (Dienstaufsichtsbeschwerde?)

Über eine baldige Antwort würde ich mich freuen. Vielleicht können Sie nachvollziehen, dass ich das, was sich da abgespielt hat, nicht einfach so „hingehen lassen“ möchte!

Mit freundlichen Grüßen

Anne Fröhlich

PS:

Ich habe den Eindruck, dass in der SPD dem Legalisierungsthema gegenüber ausgesprochene Berührungsängste bestehen. Warum sonst wäre es Herrn Hahnel, der während der gesamten „Woche gegen Armut und Ausgrenzung“ mit Infomaterial zur Drogenpolitik präsent war, von Rita Haller-Haid und Frau Dr. Böning verboten worden, dieses in ihrer Veranstaltung auszulegen? Und Frau Kühn-Mengel zeigte sich bei besagter Veranstaltung zwar aufgeschlossen gegenüber der medizinischen Verwendung von Cannabis, ansonsten aber als Legalisierungsgegnerin (was sie mit überholten Argumenten begründete (Einstiegsdrogentheorie)!

Es ist auch sehr schade, dass sich die SPD bei der Bundestagsdebatte im Dezember 2008, bei der es um die medizinische Nutzung von Cannabis ging, gegen eine Gesetzesänderung aussprach, die eine Selbstbehandlung mit Cannabis ermöglicht hätte. Als Begründung für diese Ablehnung wurde angeführt,

dass die NutzerInnen dann ins Schwarzmarktmilieu abgedrängt würden und zudem Gefahr laufen, minderwertiges oder gar gesundheitsschädliches, gepanschtes Material zu bekommen. (Solches, mit Blei versetztes, war vergangenes Jahr tatsächlich im Handel, und die Bundesdrogenbeauftragte Frau Bätzing (ebenfalls SPD!) schwieg auf Anfragen besorgter BürgerInnen lange und meinte schließlich nur, man solle eben die Finger davon lassen!)

Die oben genannte Argumentation mit den Gefahren des Schwarzmarktes ist indes nur stichhaltig, wenn Mensch den gesetzlichen status quo (und damit den Schwarzmarkt) aufrechterhalten will, wozu die SPD offensichtlich entschlossen ist.

Und das, obwohl bei einer Anhörung im Bundestags-Gesundheitsausschuss (15. Oktober 08) alle Befragten sich dahingehend äußerten, dass die Situation der Kranken, die von Cannabis profitieren könnten, in Deutschland unbefriedigend sei!

Auch die namhaften ExpertInnen aus Medizin, Soziologie und Rechtswissenschaft werden beharrlich ignoriert, die die UN-Drogenpolitik für gescheitert erklären und die Aufhebung der Prohibition und die Schaffung legaler, sicherer Bezugswege fordern! Eine demokratische Politik, die den von den WählerInnen erhaltenen Auftrag ernst nimmt, sollte von den realen Menschen und ihren Nöten und Bedürfnissen ausgehen und nicht, umgekehrt, zeitbedingte und womöglich überholte Regelungen als „ewig“ behandeln und dadurch erst verewigen, den Menschen, der doch im Mittelpunkt unserer Verfassung steht, aber in ein Prokrustesbett zwingen!

Ich möchte Ihnen folgende Links empfehlen:

www.eve-rave.net/abfahrer/presse/presse08-04-08.pdf (Seite 1 + 4-7)

www.cannabis-med.org/german/berliner_erklaerung.pdf

www.schildower-kreis.de und wünsche Ihnen eine gewinnreiche Lektüre!

- E) Leserbrief und Mitteilung an die „Südwestpresse Ulm“ Sa., 6. Juni '09

Sehr geehrte SWP-Redaktion und Herr Manns,

ich schreibe diese mail mit Leserbrief an die Redaktion, da ich bei den Adressen leserbriefe@swp.de und E.Manns@swp.de abgewiesen wurde – zumindest bei meinen Versuchen am 21.Mai („Recipient address rejected: Access denied“).

Damals wollte ich Ihnen mitteilen, daß ich in meiner Dokumentation „Drogenpolitikkritik + Medien Teil IV“ auch ein Erfahrungsbeispiel von Anne Fröhlich und mir mit der SWP und Herrn Manns aufgenommen habe (siehe bei www.sichtbarewelt.de).

Und nun mein Leserbrief zu Ihrem Artikel „**Drogendealer und Komplizen festgenommen**“ vom Sa., 6. Juni '09 (und zur Cannabis-Medizin und Diskriminierung) :

Die SWP, Medien bundesweit, Polizeipressestellen, PolitikerInnen und die Bevölkerung verwenden unablässig den Begriff „Rauschgift“ ohne anscheinend zu wissen, dass sowohl die kriminalpolizeilichen Rauschgift-Dezenate, sowie die BRD-Drogenpolitik ihre starke Wurzeln in Nazideutschland haben für die Einführung der v.a. politisch-ideologisch-moralisch gewollten Betäubungsmittelgesetze zum angeblichen „Schutz der Volksgesundheit“ (= Nazi-Vokabular als Zielvorgabe in den neuen Btm-Gesetzen seit 1971/72 bis heute !)

Siehe dazu die Buchbesprechungen zur Dissertation von, jetzt Dr., Tilmann Holzer „*Geburt der Drogenpolitik aus dem Geist der Rassenhygiene – Deutsche Drogenpolitik von 1933 bis 1972*“ auf Seite 1+7-12 der pdf-Version bei <http://www.eve-rave.net/abfahrer/presse/presse07-02-28.html> und beim BOD-Verlag http://www.bod.de/index.php?id=296&auto_id=21932 !

Übrigens ist Marihuana (= Cannabis, Hanf) und Haschisch (= Konzentrat der THC-haltigen

Harzkristalle dieser Pflanze) kein Zell- und Nervengift und harmloser als potentiell tödlicher Alkohol, Tabak oder viele legale Medikamente. Im Gegensatz dazu ist Hanf wahrlich nicht nur Genussmittel, sondern eine Medizin für Viele und diese gehören nicht kriminalisiert, auch nicht ihre „Dealer“ (siehe www.cannabis-med.org) !

Und außerdem: Nicht nur der internationale Caritas-Kongreß und „Schildower Kreis“ kommen zu dem Ergebnis, daß eine völlig andere Sichtweise auf KonsumentInnen illegalisierter Drogen, die Drogenpolitik und eine humane Praxis notwendig ist, statt diverser Formen von Kriminalisierung, Diskriminierung und Stigmatisierung (siehe www.schildower-kreis.de und www.caritas-international.de/kampagnen/caritas_drogenkonferenz/55443.html)!

Und wer mehr über (m)einen Cannabisprozeß, die rechtspolitischen Bundes- und Landtags-Petitionen aufgrund der Justiz-/Prozesserfahrungen und den „Zivilen Ungehorsam“ gegen die Drogenpolitik erfahren möchte, findet dies bei www.sichtbarewelt.de .

Vielen Dank und Grüße von

Jürgen Hahnel, Eisenhutstr. 66, 72072 Tübingen; Tel.: 0163 / 760 2418

[Bis 19. Juni kam weder eine Reaktion zur Mitteilung, noch gab es den Abdruck des Leserbriefs]

- F) Leserbrief und Abo-Bitte ans „Schwäbische Tagblatt“ Sa., 6. Juni '09

Guten Tag „Schwäbisches Tagblatt“-Redaktion und JournalistInnen,

wie Sie durch meine letzte mail zum „Tüb. Cannabisprozeß“ wissen, werde ich demnächst inhaftiert und habe deshalb die Bitte/Anfrage an Sie, ob Sie mir ein „Tagblatt“-Abo während meiner Inhaftierung in der JVA Rottenburg schenken könnten (ich würde es auch Andere dort lesen lassen) ? Begründung:

- Da ich es mir finanziell nicht leisten kann, aber bisher gerne und täglich das „Tagblatt“ (mit-)lese und in der JVA auch ziemlich der Informationsfreiheit beraubt bin.

- Als „Trostgeschenk“, da ich niemandem geschadet habe, aber wie viele andere auch kriminalisiert, verurteilt und bestraft werde durch die v.a. politisch-ideologisch-moralisch gewollten Betäubungsmittelgesetze zum angeblichen „Schutz der Volksgesundheit“ (= Nazi-Vokabular als Zielvorgabe in den neuen Btm-Gesetzen seit 1971/72 !; Siehe dazu die Buchbesprechungen zur **Dissertation von (jetzt Dr.) Tilmann Holzer** „Geburt der Drogenpolitik aus dem Geist der Rassenhygiene – Deutsche Drogenpolitik von 1933 bis 1972“ **auf Seite 1+7-12 der pdf-Version bei <http://www.eve-rave.net/abfahrer/presse/presse07-02-28.html> und beim BOD-Verlag http://www.bod.de/index.php?id=296&auto_id=21932 – zeigen Sie diese Info bitte auch Ihrem „Nazideutschland-Experten“ Hans-Joachim Lang !).**

- Da ich zusätzlich dank einer Denunziation im Rahmen anhaltender Vertreibungsbemühungen, durch eine einseitige Justizpraxis und nicht zuletzt auch durch Ihren journalistischen Beitrag (Bsp.: Volker Rekkittkes 2 tendenziöse Okt. '06-Artikel mit Interviews mit weiteren DenunziantInnen, worauf die Polizei und Staatsanwaltschaft diese zur ZeugInnenaussage vorluden ! Seine 2 nur mir gegenüber kritischen AG- und LG-Prozeß-Artikel 2007 ! Meinen drogenpolitisch-kritischen Offenen Brief an lokale Bundestags- und EU-Abgeordnete vom Nov. '07 und die Petitionen an den Land- und Bundestag von Anne Fröhlich und weiteren ProzessbeobachterInnen ignorierten Sie konsequenterweise einfach, usw... !)

Es wäre schön, wenn Sie mir wenigstens dieses Abo spendieren würden ! Danke !

Bitte veröffentlichen Sie meinen Leserbrief (bitte auch online) zum ST-Artikel „45-jähriger starb an Drogen“ vom Mi., 3. Juni '09

Bitte beenden Sie die Diskriminierung und Stigmatisierung

Er ist sicher nicht der „2. Drogentote im Landkreis“ und wahrscheinlich v.a. ein Opfer der restriktiven Drogenpolitik, der gesellschaftlichen und medialen Stigmatisierung. Und es fehlt in Ba.-Wü. weiterhin die Zulassung - außer in Karlsruhe - zur Teilnahme am Projekt „ärztlich kontrollierte Vergabe von Diamorphin (=Heroin) an Schwerstabhängige“.

Leider ist die Teilnahme-Schwelle viel zu hoch - v.a. **politisch-moralisch von der Landes- und Bundes-C(hristlich?)DU so gewollt !** Vielleicht war es aber auch Selbstmord aus Verzweiflung ? Ich frage die Pressestelle der Polizei und die „Tagblatt“-Redaktion, was sie den LeserInnen eigentlich - zwischen den Zeilen - vermitteln wollen ? Die Doppelmoral und Vorurteile bei ihnen und vielen PolitikerInnen ?

Denn ich vermisste Artikel über Selbstmorde und die über 140-fach höhere Zahl von Toten durch Alkohol, Tabak und legale Medikamente im Landkreis. Nicht nur der „Schildower Kreis“ und internationale Caritas-Kongreß kommen zu dem Ergebnis, daß eine völlig andere Sichtweise auf KonsumentInnen illegalisierter Drogen, Drogenpolitik und eine humane Praxis notwendig ist, statt diverser Formen von Kriminalisierung, Diskriminierung und Stigmatisierung (siehe www.schildower-kreis.de und www.caritas-international.de/kampagnen/caritas_drogenkonferenz/55443.html) ! **Bitte unterlassen sie in Zukunft solche einseitigen medialen Darstellungen ! Und diese bundesweite Praxis müßte auch einmal juristisch überprüft werden im Zusammenhang mit den neuen „Anti-Diskriminierungsgesetzen“.**

Vielen Dank und Grüße von

Jürgen Hahnel, Eisenhutstr.66, 72072 Tübingen; Tel.: 0163 / 760 2418

[Das ST reagierte bisher nicht auf den einleitenden Text, die Kritik und Abo-Bitte, druckte aber den Leserbrief am Di., 16. Juni ab, mit deren Überschrift Doppelmoral und mit (...) markierten Weglassungen, obwohl er nicht zu lang war ... !?]

- G) (Drogenpolitische) Pressemitteilung und weitere (Hintergrund-)Infos zum RACT!-Festival (Fr.12.+ Sa., 13. Juni '09, beim Anlagensee in Tübingen, Ba.-Wü.) :

Bei diesem, im letzten Jahr von ca. 25 000 Menschen besuchten, eintrittsfreien Festival gibt es dieses Jahr ein noch reichhaltigeres, nicht „nur“ musikalisches Programm !

Das allgemeine **RACT-Workshop-Programmheft** und drogenpolitische Infos (auf Seite 4) finden sich bei <http://ract-festival.de/public/pdf/Ract!2009-Workshops.pdf> .

- Und das erstmals stattfindende drogenpolitische Programm findet sich auch bei www.ract-festival.de (dort „PROGRAMM“ anklicken und dann „INFO“, Stand: 24.5. !). Unter der Überschrift „**DISKUSSION: DROGENPOLITIK 2009**“ findet sich zuerst eine Erläuterung der RACT-OrganisatorInnen zum Thema und anschließend die Programmpunkte + Infostände [*Meine Bewerbung für einen drogenpolitisch-kritischen Infostand im März war der Auslöser für interne Diskussionen - und fast eine Absage. Ich mußte z.B. mündlich und schriftlich versichern, daß ich „keine illegalen Drogen verkaufe oder konsumiere“, was ich definitiv eh nicht vorhatte und darauf hinwies, dass sie dort als einzige Drogen verkaufen werden – nämlich Alkohol (das RACT! wird auch von einer Brauerei gesponsert)! Als sozusagen Contrapunkt zu meinem Stand wurde dann das nachfolgende Programm organisiert. Mehr weiter unten !] :*

*** PODIUMSDISKUSSION: Brauchen wir neue Wege in der Drogenpolitik ?**

- mit :** - Christian Hagen (Polizeidirektion Tübingen),
- Wolf Dieter Schmidt (Hanfhaus Reutlingen),
- MitarbeiterIn der (psychiatrischen?) Uniklinik Tübingen

Tag: Freitag, 12. Juni ! -- Ort: Bühne Ost ! -- Zeit: 15:00 – 16:30 Uhr !
(Das Publikum darf sich auch einbringen)

- * INFOSTAND ZUM THEMA „KOMASAUFEN“ vom Kreisjugendring und der Kreisjugendpflege
- * HILFESTELLUNG bei Fragen zum Thema Drogensucht ! Mehr Infos tba.

* **KONTROVERS: NEUE WEGE IN DER DROGENPOLITIK ?!**

Die internationale und BRD-Drogenpolitik/-prohibition wird von immer mehr Menschen, WissenschaftlerInnen und Organisationen für gescheitert, schädlich und teuer erklärt und es findet langsam ein Umdenken statt. Es wird durch diesen sog. „Krieg gegen Drogen“ nicht nur in der BRD mehr Schaden bei Menschen angerichtet, als die bekämpften Drogen selbst bewirken könnten (siehe z.B. Caritas International, „Schildower Kreis“, Internationale Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin). Auch **deshalb gibt es dieses Jahr auf dem Ract!-festival an beiden Tagen, nachmittags bis abends, erstmals einen drogenpolitisch-kritischen Infostand !** [*Vorauss. bei der „Bühne Mitte“*]
V.i.S.d.P.: Jürgen Hahnel, www.sichtbarewelt.de, Tübingen, Tel.: 0163-7602418, Email: hahnelimirak@gmx.de; seit 1998 Mitglied im IACM (www.cannabis-med.org) und seit 2007 im Deutschen Hanfverband (DHV, www.hanfverband.de)

[*Weitere INFOS: Die Überschrift zu letzterem ist vom RACT!-Team nach den kontroversen internen Diskussionen, der Rest wurde weitgehend von mir übernommen, außer das vollständige - hier ausführlich geschriebene - V.i.S.d.P. . Weitere Internas lasse ich hier mal weg.*

Die Lokalzeitung „Schwäbisches Tagblatt“ (www.tagblatt.de) und „Partner“ des Festivals hatte am Sa., 6. Juni eine Verlagssonderbeilage zum RACT!-Festival und brachte es tatsächlich fertig keinen einzigen Satz oder Wort zum obigen „Drogenpolitik“-Programm zu schreiben – außer auf Seite 3 bei den „Regeln“: „Illegale Drogen werden auf dem Festival nicht geduldet.“ !! Oder ist laut „Impressum/Texte: Ract!-festival-Team: D... B..., N... G..., A... K...“ doch eher das Ract!-Team dafür verantwortlich ?? Na dann Prost !!!]

Danke für´s Lesen, Weiterverbreiten und Kommen !

Grüße von Jürgen Hahnel

- H) Das Ract-Team schrieb eine Antwort dazu, die hier dokumentiert ist und per Email kurz vor dem Festival, mit einer kleinen Anmerkung, an alle in den Verteilern verschickt wurde zusammen mit der 2. (Presse-)Info, in der die ausfallenden und neuen Teilnehmer des Podiums nicht ganz korrekt bekanntgegeben wurden :

Von: "Jürgen Hahnel" <hahnelimirak@gmx.de>

An: Wagendorf%hahnelimirak@gmx.de, EinzelneRadios%hahnelimirak@gmx.de,
PolitikerInnen%hahnelimirak@gmx.de, Medienverteiler%hahnelimirak@gmx.de,
Extra%hahnelimirak@gmx.de

Betreff: 2.(Presse-)Info: Drogenpolitik + RACT-Festival-Antwort

Datum: Thu, 11. Jun 2009 21:34:08

Guten Tag,

heute gibt es Neuigkeiten zur Drogenpolitik-Podiumsdiskussion beim RACT!-Festival (Fr., 12.6., 15 - 16:30 Uhr, Bühne-Ost) und eine erklärende Antwort seitens des RACT!-Teams zur neulich verschickten (Presse-)Info (siehe nochmal im Anhang "RACT+Drogenpolitik-Info-7-Juni-09.doc").

Zuerst zu den PodiumsteilnehmerInnen (laut mündl. Info seitens der RACT!-OrganisatorInnen):

- die Polizeidirektion Tüb. schickt niemanden mehr, da das Podiumthema ihr anscheinend zu drogenpolitisch-kritisch erschien (und der Vertreter des Hanfhaus RT kann nicht, was ich bereits mitteilte)

Statt dessen sind neu auf dem Podium:

- Dr. Haumann (Tüb., u.a. "Substitutionsarzt für Heroinabhängige")
- ein Vertreter des Deutschen Hanf Verbands (DHV, www.hanfverband.de)
- die Grüne Jugend Tüb. stellt einen Podium-Teilnehmer
- jemand von einer Tüb. Suchtberatungsstelle (Herr Knabe ?)

Es wäre schön, wenn zu diesem Termin viele kommen um mitzudiskutieren und neue Erkenntnisse zu bekommen - gerade auch ProhibitionsbefürworterInnen !

Und nun die erklärende Antwort vom RACT!-Team [mit meiner Anmerkung am Schluß]:

HI Jürgen,

zu deiner Rundmail kurze Anmerkungen:

1. Ja, was die Organisation der Podiumsdiskussion angeht, so gab es tatsächlich ein Organisationschaos. Sollte nicht passieren, aber da wir nicht Vollzeit für das Festival ehrenamtlich arbeiten können (als SchülerInnen, Arbeiter, Studis) ist das leider nicht auszuschließen. Es ist auch für uns schöner, wenn alles läuft, wie es laufen sollte.

2. Das Podium steht und der "kleine"(!) Schwerpunkt Drogenpolitik besteht nach wie vor. Unser Hauptschwerpunkt ist weiterhin "Armut & Grundbedürfnisse"! Dass das Drogenpolitische nicht im Tagblatt steht, liegt weder am Tagblatt noch an den Leuten im Impressum. Erstmal hat das ganze Team am Programm gearbeitet und zweitens kamen wir auf den drogenpolitischen Schwerpunkt erst so spät, dass die Deadline vom Tagblatt schon vorbei war. Es sind auch nicht alle Workshops drin. Deshalb auch unser AK-internes Programmheft
<http://ract-festival.de/public/pdf/Ract!2009-Workshops.pdf>

3. Auch wenn wir eine Diskussion zum Thema Drogen mit anstoßen möchten. An die bestehenden Regeln müssen wir uns halten und genauso jedeR, der/die Programm auf dem Gelände macht. Das bedeutet: Bier ja, Kippen ja, andere Drogen nein. Ist nunmal so. Wir haben nicht das Interesse, die Existenz des Festivals durch Konflikte mit Ordnungsamt,

Polizei und was weiß ich was, aufs Spiel zu setzen. Sollten Drogen mal legal sein, kann man wieder drüber reden. Vorher nunmal nicht.

4. Die Diskussion wird ca. 1 Stunde dauern. Danach ist Open Mike, wo jedeR Beiträge zur Diskussion beisteuern kann. Die Diskussionsdauer ist deshalb auf 1 Stunde gesetzt, weil auch jüngeres, unerfahrenes Publikum die Diskussion verfolgen wird und erstmal verschiedene Positionen kennenlernen sollte.

5. Nachfragen, warum etwas anders läuft als geplant (Bsp. Tagblatt) schadet nix im Gegensatz zu Unterstellungen.

6. Kannst diese Mail über deinen Verteiler schicken, wenn du willst.

7. Wir sehen uns dann beim Festival.

Bis dahin machs gut und viele Grüße, A...

[zu Punkt 5 (schriftl. und mündlich habe ich bereits mit A... darüber kommuniziert) moechte ich erwaechnen, dass ich diesbeueglich eine sachliche Festsstellung getroffen und dann eine Frage angeschlossen habe und keine Unterstellung. Ich wunderte mich auch deshalb, da im Workshopheft bzw. beim genannten Pdflink das Drogenpolitikprogramm vollstaendig drinsteht und in der Tagblattsonderausgabe eben gar nichts.

A... teilte mir mündl. mit, daß der Redaktionsschluß beim ST für die Sonderbeilage Ende April war und für die RACT!-OrganisatorInnen noch nicht klar war welches drogenpolitische Programm (außer meinem Infostand) organisiert und stattfinden wird]

Grüße von Jürgen Hahnel

(www.sichtbarewelt.de)

Dateianhänge zur E-Mail

[RACT+Drogenpolitik-Info-7-Juni-09.d...](#)

- I) Neu ist die (Presse-)Mitteilung vom Fr., 19. Juni '09 mit Eindrücken zum drogenpolitischen RACT-Programm und kurzer Medienanalyse :

Zur Podiumsdiskussion :

- Letztlich saßen dort Dr. Haumann (Tüb. Substitutionsarzt für Heroinabhängige), Max Plenert (Noch-Bundesvorstand der „Grünen Jugend“ + neuer Mitarbeiter im DHV, www.hanfverband.de), Herr Knöpfle (Tüb. Suchtberatungseinrichtung), Moderatorin : Beate Rau

Die recht gut moderierte Diskussion beschränkte die Thematik zwar auf wenige Substanzen (vereinfacht: Cannabis, Heroin in Relation zu Alkohol), gesellschaftliche Aspekte, Konsummuster und v.a. auf Jugendliche, kam aber zur klaren Aussage, daß diese Betäubungsmittelgesetze kontraproduktiv, teuer und schädlich sind und abgeschafft gehören. Der Arzt konnte aus seinen mehr als 15-jährigen Erfahrungen berichten und Herr Plenert verwies auf vielerlei Studien und wissenschaftliche Erkenntnisse – nur Herr Knöpfle

meinte, „daß das BtmG nützlich bei problematischen Konsummustern von Jugendlichen sei, da dadurch höherer Druck entstehe sich mit der eigenen Sucht zu beschäftigen“ – dies ist bereits widerlegt durch Erfahrungen in den liberaleren Ländern Niederlande und Schweiz, wo weniger und unproblematischer konsumiert wird ! Und „die Kriminalisierung sei gar nicht so gravierend, wie oft dargestellt würde ...“ – dies verkehrt die Realität von jährlich ca. 150 000 BtmG-Strafermittlungsverfahren wg. Cannabis mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Biographien, usw. ...!

- **Anschließend war offenes Mikrofon** und 3 Personen erweiterten ein wenig die Thematik (bzw. äußerten Kritik an den Äußerungen von Herrn Knöpfle) :

Z.B., daß der **Fokus nur auf wenige Substanzen und Aspekte** reduziert sei und es auch nicht-stoffgebundene Abhängigkeiten und vielerlei problematische, (gesellschafts-)schädliche Verhaltensweisen, wie z.B. riskante Sportarten, Spiel-, Sex- und Profitsucht (Geldgier – siehe unsere „Wirtschaftskrise“) zur Stimulierung unseres Belohnungssystems mit körpereigenen Drogen gibt, aber deshalb nicht kriminalisiert werden im Gegensatz zu den KonsumentInnen, der wenigen illegalisierten Drogen, die niemandem geschadet haben.

Eine Frau widersprach u.a. Herrn Knöpfles These, „daß nicht genügend Geld für mehr und bessere Prävention da sei“ indem sie auf die horrenden Kosten der Prohibition hinwies, die bei Abschaffung der BtmG auch für diese Zwecke zur Verfügung ständen !

Ein Patient berichtete kurz über seine Situation und beklagte die unsägliche Situation zur Erlangung (s)einer Erlaubnis für medizinisches, natürliches und relativ harmloses Cannabis aus der Apotheke und daß die AOK die Kostenübernahme verweigerte, wogegen er Widerspruch einlegte und daß es im Gegensatz dazu leicht sei, sich problematische Psychopharmaka und z.T. potentiell tödliche Schmerzmittel verschreiben und finanzieren zu lassen .

- **(Medien-)Resonanz :**

* Nur rund ein Dutzend Interessierte waren trotz schönem Wetter da. Außer einem Mitarbeiter des Freien Radios RT/TÜ, der die Diskussion aufnahm, war keinE MedienvertreterIn da (siehe www.wueste-welle.de) !

* Nur im Freien Radio gab es zuvor einige Hinweise zum Drogenpolitik-Programm und im Redaktionsteil des „Tübinger Wochenblatt“ gab es am Mi., 10. Juni, einen Artikel mit der Überschrift „Diskussion über Drogenpolitik“ - aber der Infostand wurde nicht erwähnt (www.tuebingen-wochenblatt.de).

* Das „Schwäbische Tagblatt“, ein „Partner“ des RACT!-Festivals, hat in **allen** Artikeln „konsequent“ nichts zum drogenpolitisch-kritischen Programm berichtet - nur bei der Online-Ausgabe vom 14. Juni findet sich beim link „Bilder“ bei Nr.15 eine Aufnahme des „Hanfwägelchen“, das zum drogenpolitisch-kritischen Infostand gehörte und es ist die Kampagne: Freiheit allen Hanfgefangenen“ sichtbar Das ST untertitelte dieses mit : „Viele alternative Gruppen machten mit Infoständen Werbung ...“ (siehe http://www.tagblatt.de/tool/zoom.tool.php?artikel_id=35711743&pic=14) Es wurde nur der z.T. exzessive Alkoholkonsum und polizeiliche Maßnahmen dazu thematisiert.

- **„Razzia“ bei meinem drogenpolitisch-kritischen Infostand :**

Am Fr., 12. 6. kamen 4 uniformierte Polizisten zum Stand und meinten „wir suchen den Standbetreiber. Jemand hat behauptet, Sie dabei gesehen zu haben, daß Sie mit jemandem einen Joint am Stand geraucht hätten. Es habe nach Marihuana gerochen. Sie wollen jetzt meinen Personalausweis, die Standgenehmigung von Herrn Kaltenmark, vom Ordnungsamt, sehen und hier ein wenig schauen, ob etwas Verbotenes versteckt sei.“ Vorab meinte ich, „daß ich jetzt gleichzeitig eine Anzeige wg. Verleumdung oder falscher Tatsachenbehauptung gegen diese Person machen möchte.“ und „Außerdem wurde hier definitiv von Niemandem ein Joint geraucht. Das habe ich auch seit meinem Infostand-Antrag im März den RACT!-VeranstalterInnen klar mündlich und schriftlich versichert, aufgrund einiger Bedenken und Fragen, ich würde vielleicht Drogen konsumieren oder verkaufen - was ich auch nie vorhatte, sondern nur drogenpolitisch-kritische Informationen anbieten, Unterschriften sammeln und Gespräche führen will. Ich schicke auch Leute, die nach Drogen fragen zu den RACT!-Tresen, dort können sie Alkohol kaufen und dazu habe ich auch ein kleines Plakat aufgehängt. Außerdem habe ich von Herrn Kaltenmark keine Genehmigung, sondern einen Ausweis von den RACT!-VeranstalterInnen.“

Es sammelte sich bereits eine größere Menschenmenge an und 2 Beamte durchsuchten meine Jacke und Geldbeutel und den Rucksack eines gerade abwesenden Helfers. Bzgl. meiner Anzeige meinten sie, sie hätten keine Vordrucke dafür dabei, ich solle morgen zur Polizeiwache gehen

Sie waren relativ freundlich und merkten wohl selber, daß an diesem Denunziationsversuch nichts dran ist und verabschiedeten sich bald wieder. Ich gab ihnen noch das „Zentrale Infoblatt“ zum Stand und ein Blatt zur kürzlichen „Mahnwache für die Opfer der Drogenpolitik“ (am 9. Mai, dem „Global Marihuana March“) mit.

Schluß der Dokumentation Teil V

Fr., 19. Juni '09